LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
14. Wahlperiode

Drucksache 14/1702
04. 12. 2002

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Zukunft der Erwerbsarbeit in Rheinland-Pfalz“

I. Zur Untersuchung der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in der sich wandelnden Gesellschaft des 21. Jahrhunderts wird gemäß § 90 der Geschäftsordnung des Landtags eine Enquete-Kommission eingesetzt.
Die Enquete-Kommission (§ 90 GOLT) besteht aus neun Mitgliedern und neun ständigen Ersatzmitgliedern, die dem Landtag angehören, sowie aus sechs weiteren Mitgliedern.

II. Globale gesellschaftliche Veränderungen und der schnelle Wandel in den Anforderungen der Arbeitswelt einerseits und dem Geschlechterverhältnis andererseits erfordern eine Veränderung der politischen Rahmenbedingungen zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Ziel einer an den künftigen Aufgaben ausgerichteten Arbeitswelt auch für Rheinland-Pfalz muss es sein, für alle die Teilhabe an existenzsichernder Erwerbsarbeit und anderen gesellschaftlich sinnvollen Tätigkeiten zu ermöglichen. Um auf diese Herausforderungen und die notwendigen politischen Entscheidungen vorbereitet zu sein, richtet der rheinland-pfälzische Landtag eine Enquete-Kommission ein.

Aufgabe dieser Enquete-Kommission ist es, sowohl die sozialpolitischen als auch die wirtschaftspolitischen Erfordernisse der zukünftigen Arbeitswelt zu klären. Dazu sollen insbesondere folgende acht Fragestellungen untersucht werden:

1. Welche Veränderungen der sozialen Sicherungssysteme sind aufgrund der demografischen Entwicklung und des sozialen Wandels erforderlich? Welche Möglichkeiten bestehen dabei, ohne Benachteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und unter Einbeziehung aller die sozialen Sicherungssysteme nachhaltig zu gestalten, gleichzeitig Armut zu verhindern und Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit zu gewährleisten?

2. Welche Möglichkeiten der Schaffung und des Erhaltes von Arbeitsplätzen bestehen in Rheinland-Pfalz auf dem Gebiet der ökologischen und nachhaltigen Entwicklung, vor allem in den Bereichen der Ressourcenschonung und des vorbeugenden Umweltschutzes?

3. Welche Unterstützung kann in Rheinland-Pfalz für Existenzgründungen, Unternehmensübernahmen und Selbständigkeit zukünftig gewährt, ausgebaut und verbessert werden? Wie ist vor allem für kleine und mittelständische Betriebe Beratung und Unterstützung in der Unternehmensführung und im Wissenstransfer zu organisieren?

4. Wie kann im ländlichen Raum und in strukturschwachen Gebieten sowohl in der landwirtschaftlichen Produktion, Verarbeitung und Vermarktung als auch in Dienstleistung, Handwerk, Gewerbe und Tourismus umwelt- und sozialverträglich Erwerbsarbeit erhalten und neu geschaffen werden? Wie kann im Hinblick auf die strukturpolitischen Besonderheiten in Rheinland-Pfalz die Stärkung regionaler Wirtschaftsentwicklungspotenziale erreicht werden? Wie müssen dazu die Förderkonzepte des Landes weiterentwickelt werden? Welche Bedeutung haben dabei die Instrumente der regionalen Wirt-

b. w.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 20. Dezember 2002 – Vorabdruck verteilt am 4. Dezember 2002

schaftsförderung? Welche Programme des Bundes und der EU sind als Unterstützung für die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in den ländlichen Regionen verstärkt zu nutzen?

5. Wie ist sicherzustellen, dass in Zukunft Frauen und Männer die gleichen Chancen im Arbeitsleben haben? Wie ist gleiche Bezahlung und gleiche Unterstützung in Ausbildung, Forschung und Betriebsgründung zu gewährleisten? Welche Schritte sind auf betrieblicher Ebene z. B. in Arbeitsstrukturen oder Personalentwicklung erforderlich sowie bei Betreuungsangeboten, im Familiendienstleistungsbereich und im Bildungsbereich notwendig, um Männer stärker für die Familienarbeit und soziales Engagement zu gewinnen?

6. Wie können am Arbeitsmarkt benachteiligte Personengruppen besser in die Arbeitswelt integriert werden und dabei einen Lebensunterhalt erreichen, der die Armutsgrenze deutlich übersteigt?

7. Welche Möglichkeiten der flexiblen Arbeitszeit, der Teilzeitarbeit und der Arbeitszeitverkürzungen sowie des Überstundenabbaus können zur Erhöhung der Anzahl der Beschäftigten führen?

8. Welche Änderungen im Bildungssystem und im Bildungsangebot (Kindertagesstätten, Schule, berufliche Bildung, Hochschule, Weiterbildung) in Rheinland-Pfalz sind notwendig, um auf die zukünftigen Aufgaben in der Arbeitswelt vorbereitet zu sein? Welche Möglichkeiten bestehen, lebenslanges Lernen, umfassende Kenntnisse und Fähigkeiten in Fach-, Methoden- und Sozialkompetenz zu fördern? Welche Chancen bestehen, den Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz zu verbessern und somit attraktiver für Investitionen im Forschungsbereich zu machen?

III. Die Enquete-Kommission wird gebeten, bis Ende des Jahres 2004 diese acht Gebiete auf Rheinland-Pfalz bezogen zu untersuchen und über ihre Ergebnisse einen Bericht vorzulegen und Konsequenzen für die Landesgesetzgebung darzustellen.

Die Kommission kann zu einzelnen Fragen Zwischenberichte erstellen.

Für die Fraktion:
Dr. Bernhard Braun